

VORAN

Marxistische Zeitung für Arbeiter-/innen und Jugendliche



**Programm
gegen die Krise**

3.- in der Autoindustrie



Gegen Lohnraub und Entlassungen

Programm gegen die Krise in der Autoindustrie

Eine Broschüre von *VORAN* - Stuttgart

1. Auflage: Januar 1994

Inhalt:

Die Offensive der Unternehmer stoppen! Kampf gegen Lohnraub und Entlassungen.....	3
Ist der Standort Deutschland in Gefahr?.....	4
Geld ist genug da -es ist nur in den falschen Händen.....	6
Motorschaden in der Autoindustrie.....	6
Arbeit für alle.....	7
Schule - Ausbildung - Arbeitsamt.....	8
Für menschen- und umweltgerechte Produktion und Produkte!.....	10
Gegen die Zwangsjacke des Profitprinzips! Für eine demokratisch geplante Wirtschaft!.....	12
Wir brauchen die Manager nicht! Das Beispiel Lucas Aerospace.....	13

Impressum

Voran zur sozialistischen Demokratie e. V.

Hansaring 4, 50670 Köln

Telefon 0221/134504 Fax: 0221/137280

Bankverbindung Postgiroamt Essen BLZ: 360 100 43

Konto-Nr. 25 00 59 - 430

Kontakt in Stuttgart: Aron, Tel.: 0711/2368691

Die Offensive der Unternehmer stoppen! Kampf gegen Lohnraub und Entlassungen!

In der Autoindustrie kriselt es nicht, es kracht. Bei Mercedes-Benz werden 30.000 Stellen gestrichen. Bei Porsche-Zuffenhausen wurde die Zahl der Arbeitsplätze bereits von 8.000 auf 6.000 zusammengekürzt. Beim Zulieferer Bosch fallen insgesamt 30.000 Stellen weg. Alles in allem wurden in der Autoindustrie zwischen 1991 und 1993 100.000 Arbeitsplätze abgebaut. Weitere 100.000 Streichungen sollen folgen. Die Unternehmer haben bereits angekündigt, daß sie sich nicht länger auf Vorruhestandsregelungen und ähnliches beschränken werden. Mit anderen Worten: es wird nicht ohne Entlassungen abgehen.

Bei Bosch fällt eine freiwillige Sozialleistung nach der anderen weg. Kürzung der freiwilligen Schichtzuschläge um jeweils 1,5%, Erhöhung der Essenspreise um durchschnittlich 1,10 Mark, Streichung der Vorsorgekuren.

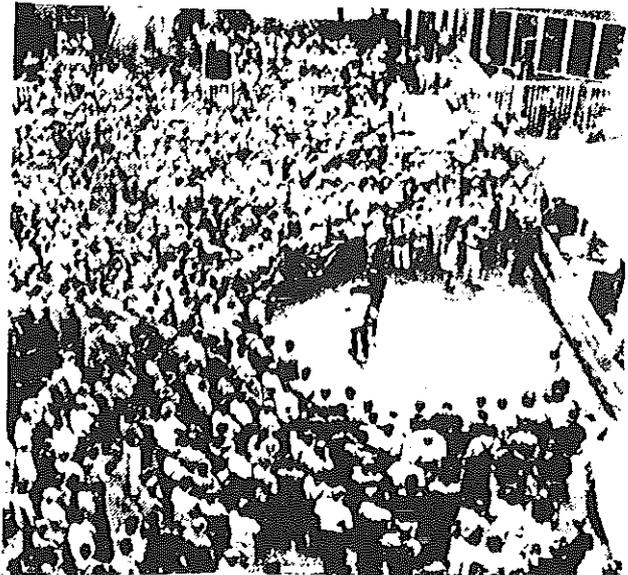
Schon im Frühjahr 1993 setzte sich Bosch über tariflich vereinbarte Lohnerhöhungen hinweg. Nicht nur Bosch. Bei einem Drittel der Metallbetriebe in Baden-Württemberg wurden die vereinbarten 3% Lohnerhöhung mit übertariflichen Leistungen verrechnet.

Bei Mercedes hat die Unternehmensleitung den KollegInnen das Weihnachtsgeld um 500 Mark gekürzt. Weitere Sozialleistungen, die Jahrzehnte bestand hatten, z.B. die Fahrgeldzulage gelten nicht mehr.

Glaubt man den Metallbossen, dann sind die hohen Löhne und die hohen Sozialleistungen, die heute den Wohlstand gefährden. Das heißt nach Unternehmerlogik: Der Wohlstand gefährdet den Wohlstand. Je mehr Wohlstand, desto gefährlicher. Für wen? Für die Unternehmer: Deshalb kürzt Daimler an allen Ecken und Enden, während die Einkommen in der Chefetage 1992 noch mal um 13% erhöht wurden. Das ist ihr Verständnis von Sozialpartnerschaft.

Die Metallunternehmer haben sich viel vorgenommen: "Wir rüsten uns für den internationalen Verdrängungswettbewerb" (Mercedes-Chef Werner) -auf unsere Kosten. "Bisher mußten wir uns nur verteidigen," so Werner, "jetzt müssen wir angreifen." Darum die einseitige Kündigung der Tarifverträge Herbst '93. Darum die Ankündigungen vor der Tarifrunde '94: Nicht mal Inflationsausgleich! Stattdessen Reallohn-senkung!

Wir dürfen uns nicht weismachen lassen, daß wir durch Lohnverzicht Arbeitsplätze retten können. Durch die Automatisierung der Produktion sinkt der Lohnanteil an den



Kosten immer mehr. In den USA hat 1990 die Rezession angefangen, nachdem die Löhne davor schon jahrelang gesunken waren.

Gegen Arbeitsplatzabbau hilft nicht Lohnverzicht, sondern ein entschlossener Kampf der Beschäftigten um jeden Arbeitsplatz.

Die Erfahrung zeigt, daß die beste Waffe der Mächtigen schon immer eine Politik des "Teile und Herrsche" war. Deshalb dürfen wir uns nicht gegeneinander auspielen lassen: weder einzelne Standorte gegeneinander, noch Daimler gegen Porsche oder BMW, noch Autofirmen gegen Zulieferer, noch der "Standort Deutschland" gegen KollegInnen in Spanien, den USA, Brasilien oder wo auch immer.

Die Unternehmer nutzen die Rezession für einen Generalangriff auf die arbeitende Bevölkerung. Dagegen hilft kein einzelner Widerstand. Die Kämpfe gegen Lohnraub, gegen Arbeitsplatzabbau und gegen die vielen kleinen Schweinereinen

Ist der "Standort Deutschland" in Gefahr?

Alle paar Jahre fangen die Unternehmer und ihre Parteien CDU/CSU und FDP eine Diskussion um den angeblich bedrohten "Standort Deutschland" an. Gewerkschaften und SPD klagen dann ebenso regelmäßig, daß gerade durch solche Diskussionen der "Standort Deutschland" kaputtgeredet wird - und lassen sich dann trotzdem darauf ein. Inzwischen haben wir eine Wirtschaftskrise und deshalb wird die Diskussion besonders heftig geführt: wir sollen weichgeklopft werden, Kürzungen von Löhnen und Sozialleistungen zuzustimmen, weil wir damit angeblich Schlimmeres verhindern können.

Angeblich gibt es in Deutschland zu hohe Lohnkosten (und Lohnnebenkosten), die die armen, vielgeprüften Unternehmer zwingen, in Billiglohnländer auszuwandern. Die Unternehmer brauchen qualifizierte Beschäftigte, Infrastruktur (Elektrizität, Wasserver- und -entsorgung, Verkehrsverbindungen usw.), politische Stabilität und Absatzmärkte für ihre Produkte. All das geht in der "Dritten Welt" immer mehr flöten, weil die Ausbeutung durch die Kapitalisten der USA, Europas und Japans immer mehr zunimmt. Diese "Billiglohnländer" sind kein verlockendes Objekt für Investitionen, sondern eine Zitrone, die schon fast völlig ausgepreßt ist. Und Osteuropa und die ehemalige Sowjetunion bewegen sich im Eiltempo in dieselbe Richtung.

Der Hauptgrund für Produktionsverlagerungen ins Ausland ist die Nähe zu Absatzmärkten. Erstens spart das Kosten und zweitens ist es ein Mittel, um die immer größeren Handelshemmnisse, die trotz allem Gerede über freien Welthandel und Gatt errichtet werden, zu umgehen.

Angeblich ist die Arbeit in Deutschland in vielen Bereichen (z.B. Autoindustrie und Unterhaltungselektronik) nicht mehr produktiv genug. Wenn wir in Deutschland ein Auto so schnell produzieren würden wie in Japan, würden trotzdem nicht mehr Autos gekauft werden. Also würde dieselbe Zahl von Autos mit weniger Beschäftigten produziert werden. Das Ergebnis wären Massenentlassungen. Tatsächlich wird in den USA oder Japan genauso über "zu hohe Arbeitskosten" geklagt wie bei uns. Jede gestrichene Sozialleistung, jede Mark Lohnverlust bei uns ist für die Unternehmer in den anderen europäischen Ländern, in den USA und Japan ein Vorwand, bei sich zuhause sozialen Kahlschlag zu betreiben - und umgekehrt.

Konkurrent der deutschen Autoindustrie ist z.B. nicht die ganze tschechische Republik, sondern Skoda. Und wem ge-

hört Skoda? VW! Die Leute, die die niedrigeren Löhne in anderen Ländern als Vorwand für Lohnabbau bei uns mißbrauchen, sind oft dieselben, die diese Hungerlöhne zahlen. Wir müssen uns gegen alle Angriffe der Kapitalisten und ihrer Regierung auf Löhne und Sozialleistungen wehren und versuchen, internationale Kontakte aufzunehmen, zu KollegInnen in ausländischen Werken des eigenen Konzerns, zu KollegInnen in anderen Ländern, die gerade in Arbeitskämpfen stehen oder über die internationalen Gewerkschaftsorganisationen.



Nicht der Standort Deutschland befindet sich in einer Krise, sondern das kapitalistische System weltweit. Die Kapitalisten wollen ihr marodes System auf unsere Kosten wieder sanieren. Wir dürfen uns nicht auf Diskussionen einlassen, wie wir den Kapitalismus auf Kosten des Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung retten können, sondern wie wir unseren Lebensstandard und die in den letzten Jahrzehnten erreichten sozialen Errungenschaften verteidigen können. Wenn das innerhalb des Kapitalismus nicht mehr geht, dann müssen sich die Gewerkschaften und die ArbeiterInnenbewegung insgesamt den Kopf zerbrechen, wie sie den Kapitalismus überwinden können, und nicht, wie sie für die Kapitalisten den "Standort Deutschland sichern" können.

in den verschiedensten Betrieben (von der Streichung von Waschzeiten bis hin zur Erhöhung der Kantinenpreise), die sich die Konzernleitungen einfallen lassen, um die Ausbeutung zu steigern, **müssen verbunden werden**. Dazu sind direkte Kontakte zwischen den Belegschaften sowohl der verschiedenen Autostandorte, also auch innerhalb der Regionen (also hier im Mittleren Neckarraum) notwendig, um über Angriffe zu informieren, Erfahrungen in Abwehrkämpfen auszutauschen und Forderungen und Aktionen zu koordinieren.

Gegen Sozialabbau, Lohnstopp und Entlassungen!

Gemeinsamer Kampf gegen gemeinsame Angriffe!

Eintägiger Vollstreik aller Metaller!

Bislang mußte jede Belegschaft alleine kämpfen. Porsche und SEL -beide Firmen haben ihren Sitz in Zuffenhausen - bei beiden Firmen mußten sich die KollegInnen gegen Arbeitsplatz- bzw. Sozialabbau zur Wehr setzen - warum haben die Belegschaften sich nicht zusammengetan? Oder Bosch und SEL? Bosch Feuerbach ist nur ein paar hundert Meter von SEL Zuffenhausen entfernt; in beiden Betrieben kamen ganz ähnliche Sparpläne auf den Tisch. Warum haben die IGM-Vertrauensleute nicht gemeinsame Arbeitsniederlegungen organisiert?



Ob Bosch, SEL oder Daimler -überall haben die Betriebsräte größere Sparmaßnahmen abgelehnt -um kleinere Sparpläne zu schlucken.

Das war ein Fehler. Wenn wir Kürzungen hinnehmen, besänftigen wir die Unternehmer nicht, sondern ermutigen sie zu weiteren Kürzungen. Bosch ist das beste

Beispiel. Der Lohnraub im Frühjahr 93 hinderte die Konzernleitung nicht, im Herbst 93 im Sozialbereich nochmal zu streichen, was das Zeug hält.

Deshalb: **gegen jede Kürzung bei den Sozialleistungen! Gegen faule Kompromisse! Es gibt keinen sozialverträglichen Sozialabbau! Kämpfen verbindet! Bei vereinzelt Aktionen darf es nicht bleiben. Vereinzelt Aktionen können nur der Auftakt sein für gemeinsame Gegenwehr!**

Den Kampf gegen Sozialabbau sollten wir verbinden mit dem Kampf gegen Lohnstopp bei den Tarifrunden.

Um die geballte Kampfkraft der ArbeiterInnenbewegung in die Waagschale zu werfen, um die gesamte Stärke der MetallerInnen deutlich zu machen, müßte ein eintägiger Vollstreik der MetallerInnen her. Damit könnten wir die Offensive der Unternehmer stoppen. Mehr noch, damit könnten wir eine Gegenoffensive der Beschäftigten einleiten. Außerdem könnten wir damit in der Tarifrunde auch dem Aussperrungsparagrafen 116 AFG wirksam begegnen.



Warnstreik am 14. 9. 93 bei Mercedes-Sindelfingen

Klaus Zwickel und die IGM-Spitze haben bereits einen Lohnstopp angeboten, um einen einjährigen außerordentlichen Kündigungsschutz zu erreichen -als ob wirklich kein Geld mehr da wäre. Was ist mit den Gewinnen aus dem Aufschwung? Seit 1982 sind die Gewinne dreimal so stark gestiegen, wie unsere Einkommen. Die Lohnquote (unser Anteil an der Summe aller Einkommen) ist auf den tiefsten Stand seit Anfang der 70er Jahre zurückgefallen. Nein, freiwilliger Lohnstopp rettet keine

Arbeitsplätze. In Ostdeutschland sollen die Löhne erst nach und nach Westniveau erreichen, dennoch wurden 60% aller

Industriearbeitsplätze plattgemacht. Das einzige, was Arbeitsplätze rettet, ist der Kampf um Arbeitsplätze.

Geld ist genug da -es ist nur in den falschen Händen!

Solange der VW-Manager Lopez ein Jahreseinkommen in Höhe von 2,5 Millionen DM bezieht, kann noch nicht alles aus sein. Auch wenn bei VW und den anderen großen Autokonzernen am Beginn der 90er Jahre Absatz und Produktion zurückgehen, dürfen wir nicht vergessen, daß die Neuzulassungen und Verkaufsziffern in der Autoindustrie in den 80er Jahren von Rekord zu Rekord geeilt sind. Wo sind die Gewinne geblieben? Das Geld hat sich nicht in Staub aufgelöst, sondern arbeitet -an der Börse und auf Bankkonten. Insgesamt haben die Konzerne Vermögen in Höhe von 1670 Mrd. DM auf der hohen Kante!

Daimler lebt nicht nur von den Profiten aus den Boomjahren -noch 1992 rangierte der Konzern mit dem vierthöchsten Gewinn auf der Bestenliste aller Unternehmen auf Platz 4.

948 Millionen DM Verlust weist die Halbjahresbilanz 1993 von Daimler-Benz aus -nach der neuen US-amerikanischen Rechnung. Die wurde nötig, da der Automobilkonzern als erstes deutsches Unternehmen seine Aktien an der New Yorker Wertpapierbörse eingeführt hat. 168 Millionen Mark Gewinn weist die Halbjahresbilanz 1993 von Daimler aus nach der alten deutschen Rechnung

■ Motorschaden in der Autoindustrie

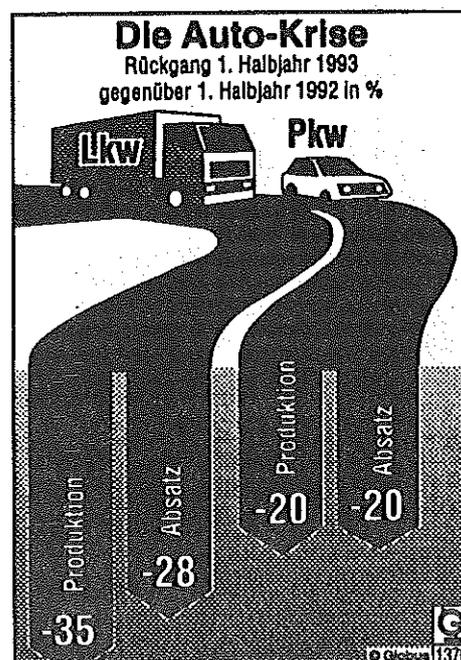
In den ersten sechs Monaten 1993 wurden in der BRD ein Fünftel weniger neue Autos zugelassen als im Vorjahreszeitraum. Das ist der größte Einbruch seit 26 Jahren. Die Rezession hat die Autoindustrie besonders getroffen. Damit liegt die deutsche Autobranche im internationalen Trend. In Spanien oder Italien gab es einen noch größeren Aderlaß in der Produktion als in der BRD. Schweden erreichte 1993 ein Rekordtief seit den 50er Jahren, selbst in Japan ging die Autoausfuhr z.B. im 1. Halbjahr 1993 auf das niedrigste Niveau seit 1979 zurück. Japans zweitgrößter Hersteller, Nissan, schreibt sogar rote Zahlen.

Das ist kein kurzfristiger Einbruch. Die USA gingen bereits 1990/91 in die Rezession. Dort gibt es nach der Krise nur ein Wachstum im Schneckentempo. In Westeuropa geht es nach der Krise ähnlich schleppend aufwärts. In Osteuropa befindet sich die Wirtschaft im freien Fall. Wer soll da Autos kaufen?

Der Motorschaden in der Autoindustrie ist eine völlig neue Erfahrung. Nichts hat den deutschen Nachkriegsboom so bestimmt wie die Autobranche: Bis in die 70er Jahre lagen die Wachstumsraten über dem Durchschnitt. Davon profitierte vor allem Baden-Württemberg. Im Großraum Stuttgart hängt jeder zweite Arbeitsplatz direkt oder indirekt vom Auto ab.

Wie reagieren die Autokonzerne auf die Krise? Sie reagieren auf die scheinbar idiotische, aber im Kapitalismus einzig mögliche Weise: sie steigern die Überkapazitäten noch. Daimler hat Rastatt gebaut, als die Strukturkrise schon abzusehen war; in Großbritannien und Holland bauen

japanische Autofirmen neue Werke auf. Bis 1995 sollen die Kapazitäten weltweit



um 6 Millionen Stück pro Jahr erweitert werden (etwa ein Sechstel der derzeitigen Welt-Jahresproduktion). Auch wenn diese Ausbaupläne vielleicht etwas zusammengestrichen werden - die Überkapazitäten werden zunehmen.

Japans schlanke Produktion: nicht auf unsere Kosten!

Die neuen Werke sind keine normalen Werke. In ihnen versuchen die Kapitalisten, die neuen Technologien und neue Formen der Arbeitsorganisation auszuprobieren, insbesondere die japanische "schlanke Produktion": sie beruht darauf, daß mehr Verantwortung nach unten auf die Produktionsarbeiter übertragen wird - aber nicht die Zeit, um diese Verantwortungen wahrzunehmen ("Null Fehler/Null Puffer"). Das Ergebnis ist zunächst eine größere Motivation, weil die KollegInnen sich ernstgenommen fühlen, aber bald ein unsäglicher Streß. Die japanische Gruppenarbeit bedeutet, daß die KollegInnen sich zusammen für ihre Arbeitgeber kaputt machen und sich gegenseitig antreiben.

Die Unternehmer führen diese neue Arbeitsorganisation erst in den neuen Werken ein, weil sie da weniger Widerstand zu erwarten haben, z.B. flexible Arbeitszeiten und

Drei-Schicht-Betrieb im neuen Motorenwerk in Untertürkheim. Auf der Grundlage der so erzeugten Überkapazitäten, werden sie dann versuchen, die alten Standorte entweder zu schließen, oder mit dieser Drohung der Belegschaft die Streß-Arbeitsorganisation aufzuzwingen (was für einen erheblichen Teil der Belegschaft ebenfalls Arbeitslosigkeit hieße). Durch verschärfte Arbeitshetze und gesenkte Löhne wollen die Konzerne dann wieder Profite machen. Es droht ein mörderischer Konkurrenzkampf zwischen den Konzernen und auch innerhalb der Konzerne zwischen einzelnen Werken: wer akzeptiert die schlechtesten Arbeitsbedingungen, die schlechtesten Löhne, die schlechtesten Arbeitszeiten etc. **Frühkapitalismus oder Massenarbeitslosigkeit, das stellen uns die Unternehmen zur Wahl.** Dagegen kann nur ein gemeinsamer Kampf helfen. Der Kampf darf aber nicht auf die Autofirmen beschränkt werden. Z.B. versuchen sie massiv, die Krise auf die Zulieferer abzuwälzen. VW will seine Zulieferer "durchforsten", aber auch insgesamt soll die Zahl der Zulieferer drastisch gesenkt werden. Laut der Studie der Unternehmensberatung Price Waterhouse werden in den nächsten Jahren bundesweit nur 500 von heute 3.000 Zuliefererbetrieben übrigbleiben.

■ Arbeit für alle!

Die Unternehmer können nicht bestreiten, daß sie es sind, die Arbeitsplätze abbauen, Leute entlassen. Doch glaubt man ihren Argumenten, dann bauen sie ja nur Arbeitsplätze ab, um Arbeitsplätze zu sichern.

In zehn Jahren Aufschwung haben sie auch nur Gewinne gemacht, um Arbeitsplätze zu schaffen. Und das unternehmerische Risiko besteht darin, daß man sich in Krisenzeiten eventuell von liebgewordenen MitarbeiterInnen trennen muß. Die Unternehmer sind wirklich arme Schweine.

Soweit die Unternehmerpropaganda. Die Wirklichkeit sieht anders aus. In Ostdeutschland wurde die Arbeitsplatzvernichtung mit dem Argument betrieben, dadurch ginge es wieder aufwärts. Was aufwärts geht, ist die Arbeitslosigkeit.

Kampf zum Erhalt jedes einzelnen Arbeitsplatzes!

Auch in der westdeutschen Metallindustrie reden uns Gottschol, Teufel und Spöri ein, daß die Wirtschaft gesundschrumpfen

muß. Arbeitsplatzabbau, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Wir können kein Vertrauen in diese Rezepte haben. Obwohl die BRD-Wirtschaft 1994 wieder leicht wachsen soll, soll die Arbeitslosigkeit weiter steigen. Darum müssen wir für den Erhalt jedes einzelnen Arbeitsplatzes bei den Autofirmen und Zulieferern eintreten.

Aber auch umgekehrt. Der Arbeitsplatzabbau in Bereichen, die gar nichts mit der Autoindustrie zu tun haben ist eine Schwächung für die KollegInnen in der Autoindustrie. Erstens stärkt Massenarbeits-



losigkeit die Kapitalisten gegenüber den Beschäftigten. Zweitens bedroht sinkende Kaufkraft durch Arbeitslosigkeit die Arbeitsplätze in der Autoindustrie besonders.

30-Stunden-Woche sofort bei vollem Lohnausgleich!

Selbst wenn wir den Abbau jedes einzelnen Arbeitsplatzes verhindern könnte, es gibt bereits jetzt über drei Millionen registrierte Arbeitslose (in Wirklichkeit sind es 5,5 bis 6 Millionen). Die Prognos AG in Basel schätzt, daß diese Zahl bis 2010 so bleiben wird. Das mag für Wirtschaftsforscher ein Schönheitsfehler sein, für uns ist es eine Katastrophe, die wir nicht zulassen können.

Wenn die vorhandene Arbeit nicht mehr für alle reicht, dann muß sie anders verteilt werden. Deshalb bleibt die Arbeitszeitverkürzung eine Hauptwaffe gegen die Arbeitslosigkeit. Ohne die Reduzierung der Arbeitszeit auf 36 Stunden wäre der Arbeitsplatzabbau noch größer gewesen. Aber die Arbeitsplatzeffekte der Arbeitszeitverkürzung waren trotzdem zu gering, weil sie viel zu langsam ging. 15 Jahre nach den ersten Kämpfen für die 35-Stunden-Woche sind wir gerade mal bei 36 Stunden angelangt.

Deshalb brauchen wir die sofortige Einführung der 30-Stunden-Woche auf einen Schlag (nicht in Hühnertäpplerle), tarifver-

tragliche Absicherung gegen Leistungsverdichtung (auch im Zeitlohn- und Angestelltenbereich) und vollen Lohnausgleich Beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit müssen wir die Gruppen besonders berücksichtigen, die von der Arbeitslosigkeit am stärksten betroffen sind: Jugendliche, AusländerInnen und Frauen.

Ausbildungsquote von mindestens 10% für jeden Betrieb Übernahme aller Azubis gemäß ihrer erreichten Qualifikation.

FacharbeiterInnen als Angelernte einsetzen und dann über "Facharbeitermangel" jammern -das ist Heuchelei. Außerdem brauchen wir eine tarifvertragliche Absicherung der Eingruppierungsstruktur der Unternehmen (natürlich nur nach unten!), damit neu Eingestellte nicht schlechter bezahlt werden als ihre VorgängerInnen. Wir fordern einen Mindestlohn von 1300,- netto für Azubis und 1800,- netto für alle ab 18. Streikrecht für Azubis.

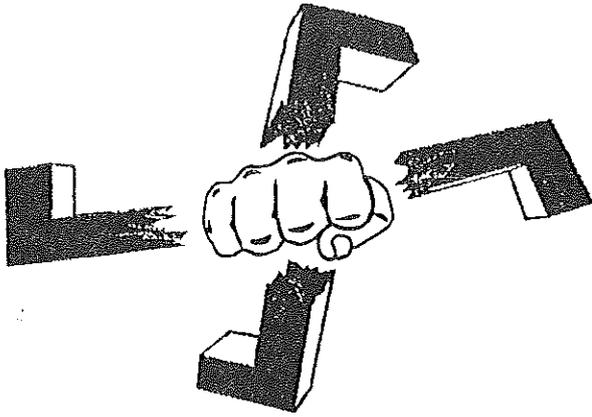
Schule - Ausbildung - Arbeitsamt!

"Aus-Erfahrung-gut" lautet das TV-Werbekürzel der AEG. Am 3. November 1993 dichteten die Azubis der Böblinger Niederlassung bei einer Protestaktion das Firmenkürzel um: "Ausbildung-endet-grausam".

Den 15 Lehrlingen, die dort im Frühjahr 1994 ihre Ausbildung beenden, wurde nur eine auf 3 Monate befristete Übernahme zugestanden. In der Vergangenheit waren immer alle Azubis bei AEG übernommen worden. Der JAV-Vorsitzende von AEG-Böblingen, Oliver Setzer: "Wenn nicht einmal der große Daimler-Benz-Konzern seine Auszubildenden in ein festes Auszubildendenverhältnis übernehmen will, wer soll es dann tun?"

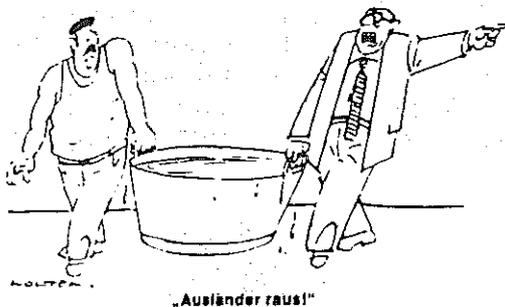
René Herbst für den Ortsjugendausschuß der IG-Metall Stuttgart dazu: "Die Nichtübernahme ihrer Azubis zeichnet sich in vielen mittelständischen Unternehmen ab."

Die IG-Metall-Verwaltungsstelle Stuttgart schätzt, daß etwa 2000 Azubis in Stuttgart und Böblingen, die vor dem Ende ihrer Lehrzeit stehen, über kurz oder lang die Arbeitslosigkeit droht.



Gegen den Rassismus der Unternehmer

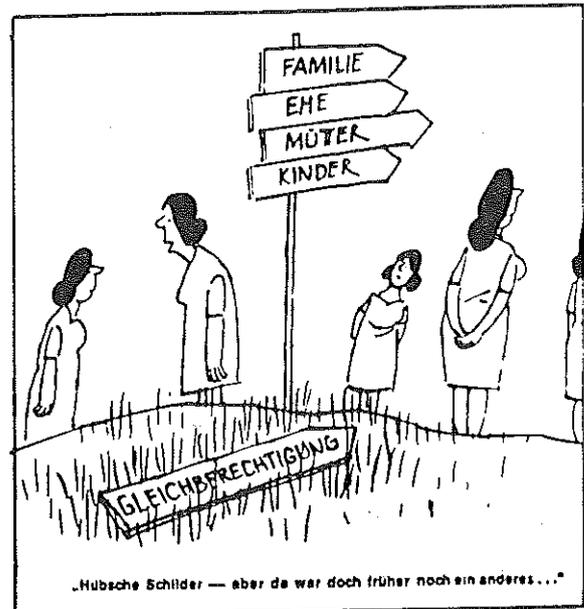
Z.B. Daimler-Benz hatte 1985 offen zugegeben, daß er versucht, "den sehr hohen Anteil ausländischer Mitarbeiter im Werk Sindelfingen nicht weiter steigen zu lassen, sondern ihn durch gezielte Einstellung von arbeitslosen Deutschen, vor allem von Facharbeitern, in Maßen zu verringern." (Daimler-Pressestelle) Die ausländischen KollegInnen waren 1984 im Streik besonders aktiv, bei den 2800 Neueingestellten in Sindelfingen im ersten Jahr nach dem Streik war kein einziger Ausländer! In anderen Daimler-Werken versucht die Geschäftsführung immer wieder, deutsche gegen ausländische KollegInnen aufzuhetzen, z.B. wegen höherem Krankenstand (der in Wirklichkeit auf schlechtere Arbeitsbedingungen und den wegen Daimlers rassistischer Einstellungspolitik höheren Altersdurchschnitt der ausländischen KollegInnen zurückzuführen sind). Das zeigt deutlich, in wessen Interesse der Rassismus: im Interesse der Kapitalisten.



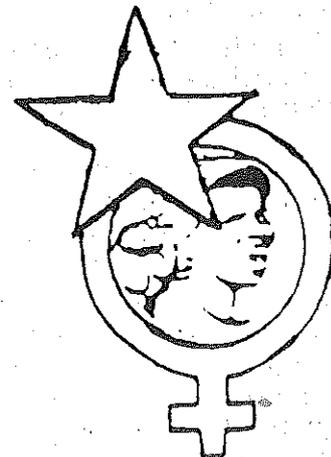
Gegen Frauendiskriminierung in Betrieb und Gesellschaft

Die Gewerkschaften müssen Frauenförderpläne aufstellen, die der offenen und versteckten Diskriminierung von Frauen ent-

gegenwirken. Bei der Durchsetzung können wir uns nicht auf die Gerichte stützen. Auf wessen Seite die stehen, hat das Abtreibungs-Urteil des Verfassungsgerichts gezeigt. Wenn Frauen Lohnabhängige zweiter Klasse sind, schwächt das männliche und weibliche KollegInnen. Dem "Teile und Herrsche" der Unternehmer müssen wir den gemeinsamen Kampf aller KollegInnen entgegensetzen.



Aber die Diskriminierung fängt nicht erst im Betrieb an. Mädchen werden durch Schule, Medien und Gesellschaft in perspektivlose Ausbildungsgänge gedrängt - damit muß Schluß gemacht werden. Auf Kosten der Unternehmen müssen kommunale ganztägige Kinderkrippen, Kindergärten und Horte mit qualifiziertem und entsprechend gut bezahltem Personal eingerichtet werden. Umwandlung von befristeten Arbeitsverträgen und ABM-Maßnahmen in normale Beschäftigungsverhältnisse. Statt schlecht bezahlter und sozial schlecht abgesicherter Teilzeitarbeit Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich für alle.



Für menschen- und umweltgerechte Produktion und Produkte

Die Autoindustrie stößt offensichtlich an ihre Grenzen. Wenn der Autoverkehr weiter zunimmt, besteht das Autofahren eines Tages nur noch aus Stau und Parkplatzsuche. Sowohl die Produktion als auch die Benutzung von Autos belastet die Umwelt massiv. Bei der Herstellung eines Autos fallen 25 Tonnen Abfall an. Die Autos, die jährlich in Deutschland vom Band rollen, verursachen fünfmal so viel Müll wie alle Haushalte zusammengenommen.

Eine Umstellung der Produktion ist dringend erforderlich. Es gibt noch genug zu tun. Allein die über dreißig Millionen Autos in Deutschland nach und nach möglichst umweltfreundlich zu entsorgen (Recycling etc.), wäre eine ebenso sinnvolle wie anspruchsvolle Tätigkeit. Um den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) die Vorfahrt zu sichern, muß der ÖPNV attraktiver gemacht werden: Ausbau des Netzes, in Stuttgart Ringverkehr, kürzere Taktzeiten, Nachtbusse... Das alles ist nur möglich, wenn die Autoproduktion durch die Produktion öffentlicher Verkehrsmittel abgelöst wird. Also: Bus und Bahn statt Autowahn! Bei der Produktion öffentlicher Verkehrsmittel, umweltfreundlicher Produkte, von Hilfsmitteln für Behinderte und in vielen anderen Bereichen gäbe es noch genügend Möglichkeiten gesellschaftlich und ökologisch sinnvoller Produktion.

Statt Arbeitsplatzabbau in der Autoindustrie Umstellung auf sinn- volle Produktion

Außerdem sind drastische Verbesserungen beim **betrieblichen Umweltschutz** notwendig. Die Gesundheitsbelastung am Arbeitsplatz, die bei der Produktion anfallende Menge von Müll und Sondermüll und der dabei notwendige Energie- und Rohstoffverbrauch müssen schleunigst reduziert werden. Die Produkte dürfen bei ihrem Gebrauch die Umwelt nicht belasten (wie es Autos massiv tun) und müssen umweltfreundlich entsorgt werden können.

Es gibt jede Menge zu tun, wenn wir in diesem Land auch in ein paar Jahrzehnten noch leben wollen. Mit der Qualifikation und der Kreativität der arbeitenden Bevölkerung in diesem Land und den neuen Technologien (CIM und andere Formen computergestützter Produktion) wäre die Umstellung auf eine sinnvolle Produktion auch möglich. Sie wäre möglich, aber sie ist es nicht, solange diese Qualifikation

und Kreativität bei der Arbeit Tag für Tag abgetötet werden.

Regelmäßig bezahlte Fort- und Weiterbildung während der Ar- beitszeit

Um diese Kreativität und Qualifikation besser nutzen zu können, schlagen wir den Kampf für folgende Ziele vor: Nach der Ausbildung müssen die KollegInnen gemäß der erreichten Qualifikation beschäftigt werden. Keine Beschäftigung von FacharbeiterInnen in Angelerntentätigkeiten, stattdessen bessere Fortbildungsmöglichkeiten für Angelernte. Die Fortbildung muß tarifvertraglich vereinbart sein. Die Weiterbildung muß während der Arbeitszeit erfolgen, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie (für Männer und Frauen!) nicht zusätzlich zu erschweren.

Stopp aller Rüstungsexporte! Stopp aller Rüstungsproduktion!

Auch die Manager der Autokonzerne haben längst geschnallt, daß der Motor der Autoindustrie ins Stottern geraten ist. Auch sie setzen auf "alternative" Produktion und legen ihr Kapital seit Mitte der 80er Jahre in anderen Branchen an. Dabei ist ihnen die Waffenproduktion ihr liebstes Kind. Daimler-Benz mauserte sich zum größten deutschen Rüstungskonzern,



nachdem Daimler AEG, MTU und Dornier aufgekauft hatte. Die BRD ist heute der drittgrößte Rüstungsexporteur. Diese alternative Produktion ist keine Alternative. Die Produktion von Bomben, Bombern und Granaten ist ausschließlich für die Katz -oder, wenn wir Glück haben- für den Schrottplatz.

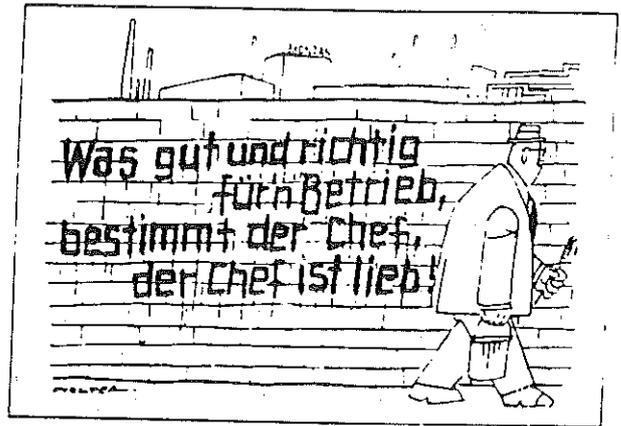
Wir brauchen keine Beschäftigungstherapie! Im zivilen Bereich gibt es genug zu tun. Und wenn durch den Stopp von Auto- und Rüstungsproduktion Arbeit eingespart wird, dann müssen wir darum kämpfen, daß weniger Arbeit nicht zu Arbeitsplatzabbau, sondern zu Arbeitszeitverkürzung führt.



Arbeitszeitverkürzung ohne verstärkte Arbeitshetze

drastische Arbeitszeitverkürzung: 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sofort, aufgeteilt in 6-Stunden-Tage oder 4-Tage Woche (mit maximal 8 Stunden täglich). Gleichzeitige Pausen für die Beschäftigten. Im Fall von Gleitzeit oder Freischichten und beim Urlaub müssen die Beschäftigten in Abstimmung mit ihren KollegInnen über ihre Zeit selbst verfügen können. Pro Stunde mindestens 6 Minuten Erholzeiten und 3 Minuten persönliche Zeiten, bei Nachtschichten das doppelte, bei besonders erhöhter Beanspruchung und Belastung (z.B. in Gießereien, Lackierereien oder an Bildschirmen) jeweils das Doppelte.

Schluß mit Bevormundung und Kommandowirtschaft



Zur Zeit versuchen die Konzerne, Kompetenzen nach unten zu verlagern oder Gruppenarbeit einzuführen, um Arbeitshetze und Ausbeutung zu steigern. Darauf dürfen wir uns nicht einlassen. Eine Demokratisierung und Humanisierung der Arbeitsbedingungen ist dringend nötig. Aber wir können Veränderungen nur zustimmen, wenn wir stark genug sind, um dafür zu sorgen, daß sie Verbesserungen und nicht Verschlechterungen bedeuten.

Verbesserungen können beinhalten: kurze Fließbänder mit Puffern dazwischen (sofern nicht humanere Ablauforganisationen möglich sind), Gruppenarbeit an den einzelnen Bändern, das Arbeitspensum der Gruppen muß so sein, daß die KollegInnen nicht wechselseitig den Antreiber spielen müssen, um die Vorgaben einzuhalten. Die Standardleistung muß zumutbar und ein Arbeitsleben lang ohne Gesundheitsschäden erreichbar sein. Dabei müssen die Gruppen auch qualifiziertere Aufgaben haben (z.B. Programmierung von NC-Maschinen, einfache Reparaturen, Einarbeitung neuer KollegInnen, Qualitätssicherung, Materialbestellung). Das Wechseln der Gruppe oder die Rotation von ganzen Gruppen muß möglich sein, aber nicht bürokratisch von oben durchgeführt werden (es darf kein Gefühl des Herumgeschubst-Werdens aufkommen).



Gegen die Zwangsjacke des Profitprinzips! Für eine demokratisch geplante Wirtschaft!

Konzernleitung und Aktionäre wehren sich mit Händen und Füßen gegen eine Überwindung der Maloche und Kommandowirtschaft. Warum? Weil es ihnen nicht darum geht, sinnvolle Produkte zu erzeugen, sondern Kohle zu machen. Dieses Profitprinzip, das in unserer kapitalistischen Wirtschaft regiert, wird zu einem immer größeren Hemmnis. Denn zwischen dem, was sinnvoll ist, und dem, was profitabel ist, klafft eine immer größere Kluft.

Die Profitlogik sabotiert nicht nur eine Umstellung der Arbeitsorganisation. Auch die Umstellung der Produkte scheitert beständig daran, daß nicht gesellschaftliche Bedürfnisse, sondern die kapitalkräftige Nachfrage zählt. Die Kapitalisten sagen, wir könnten uns sowas nicht leisten. Die meisten Großkonzerne, allen voran Daimler-Benz haben im letzten Aufschwung satte Gewinne gemacht. Wo ist das Geld geblieben? Das kann doch nicht alles für Firmenaufkäufe ausgegeben worden sein (und auch dann würde es ja noch irgendwo in der Wirtschaft stecken) ?

Öffnung der Geschäftsbücher.

Die KollegInnen müssen erfahren, was aus den von ihnen erwirtschafteten Gewinnen geworden ist. Genauso wollen wir wissen, was wirklich los ist, wenn Unternehmen drohen, die Produktion ins Ausland zu verlagern. Wir wollen wissen, wie sich die Kosten zusammensetzen, was an Gewinnen und Verlusten hin- und hergeschoben wird. Genauso brauchen wir Auskunft über die technischen Verfahren bei der Produktion, weil wir nur so wissen können, welche Umwelt- und Gesundheitsbelastung wirklich anfällt.

Wenn Menschen sinnvolle Produkte erzeugen, dann wird die Gesellschaft dadurch reicher und nicht ärmer. Die Unternehmer können weder die Fähigkeiten ihrer Beschäftigten sinnvoll einsetzen noch sinnvolle Produkte erzeugen. Ihnen gehört das Heft aus der Hand genommen, bevor sie die westdeutsche Wirtschaft so verwüsten wie die ostdeutsche in den letzten drei Jahren (an der Treuhandspitze

sitzen lauter West-Manager!)

Enteignung der Großkonzerne in der Autoindustrie

Die Autokonzerne, ihre großen Zulieferer und die anderen Großkonzerne müssen enteignet werden. Nur auf dieser Grundlage ist eine gesamtgesellschaftliche Planung und die Umstellung auf eine sinnvolle Produktion möglich.

Wir hören ständig, die Planwirtschaft sei gescheitert. Aber es ist doch klar, daß in einem Riesenkonzern wie Daimler-Benz mit Hunderttausenden von Beschäftigten jede Menge geplant wird. Es geht nicht darum, ob geplant wird, sondern wer in wessen Interesse plant. Es geht darum, daß nicht kapitalistische Manager oder abgehobene Bürokraten wie früher in der DDR planen, sondern von uns gewählte VertreterInnen, die jederzeit absetzbar sind und nicht mehr verdienen als wir. Diese VertreterInnen könnten je zu einem Drittel von Belegschaft, Gewerkschaft und Staat bestimmt werden.

Großes liegt vor uns

es gibt
viel zu
sozialisieren

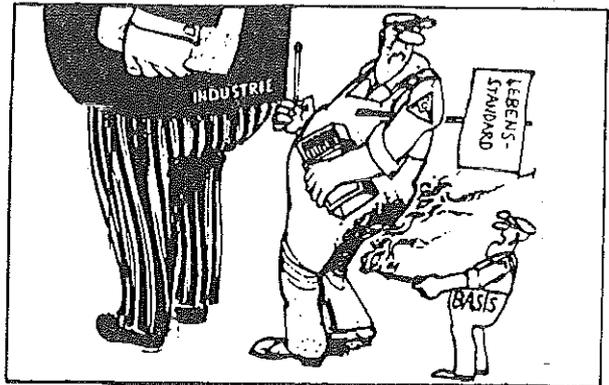


Packen wir's an!

Um das alles zu erreichen brauchen wir starke und kämpferische Organisationen.

Für frischen Wind in den Gewerkschaften

Der DGB und die Einzelgewerkschaften, allen voran die IG Metall mit 3,2 Millionen Mitgliedern, sind die potentiell stärkste Kraft in dieser Gesellschaft. Aber wann wurde diese Kraft das letzte mal wirksam zur Geltung gebracht? Mercedes Stuttgart - Am 14. 9. 1993 haben 45.000 Beschäftigte im größten Streik seit dem Nachkriegsaufschwung gegen die geplanten Kürzungen beim Weihnachtsgeld pro-



testiert. Was macht die IG Metall-Spitze? Sie stimmt Kürzungen beim Weihnachtsgeld zu.

Alcatel SEL - Im September 93 kam es zu spontanen Arbeitsniederlegungen gegen

Wir brauchen die Manager nicht! Das Beispiel Lucas Aerospace

Ein hervorragendes Beispiel für die Fülle von Talenten und Ideen, die in jeder Belegschaft stecken, lieferten die ArbeiterInnen von Lucas Aerospace (Großbritannien). Lucas Aerospace ist ein Konzern, der hauptsächlich für die Rüstungsindustrie produziert. Wegen Auftragsmangels geriet er Ende der 60er Jahre in die Krise. Arbeitsplätze waren bedroht.

Da ergriff der gewerkschaftliche Vertrauensleute-Körper die Initiative: er arbeitete unter Beteiligung aller Beschäftigten (Chefkonstrukteur ebenso wie Hilfsarbeiter) einen Plan für eine alternative Produktion aus. Mike Cooley, ihr Sprecher: "Es erschien uns absurd, daß wir all diese Geschicklichkeit, Kenntnisse und Möglichkeiten hatten, während die Gesellschaft dringend Produkte und Dienstleistungen brauchte, die *wir* herstellen können, und dennoch die Marktwirtschaft unfähig erschien, beides zusammenzubringen... Wir fragten unsere eigenen Gewerkschaftsmitglieder, was sie glaubten tun zu müssen... In kurzer Zeit hatten wir Ideen für 150 Produkte, die wir mit den vorhandenen Werkzeugmaschinen und Fertigkeiten bei Lucas Aerospace bauen konnten... Unsere Vorschläge trennten wir in sechs größere Produktionsbereiche, die jetzt in sechs Bänden zusammengefaßt sind, jeder mit ungefähr 200 Seiten. Sie enthalten spezifische Details, wirtschaftliche Berechnungen und sogar Entwurfszeichnungen..."

Unter den gesellschaftlich nützlichen Produktionsvorschlägen befanden sich medizinische Geräte, verbesserte und verbilligte künstliche Nieren, neuartige

Energiespeicher, Wärmepumpen mit einem hohen Wirkungsgrad, ein Universal-Antriebsaggregat für verschiedene Fahrzeugtypen mit um 50% vermindertem Treibstoffverbrauch und erheblich verringerter Lärmentwicklung, ferngesteuerte Roboter und Tiefseeforschungsgeräte. Einige Prototypen gingen in die Erprobung.

Gewerkschaftliche Vertrauenskörper bei Chrysler, Vickers, Rolls-Royce und anderswo diskutierten in der letzten Rezession Pläne ähnlicher Art. Das Beispiel von Lucas Aerospace war ein Ansporn für viele Arbeiter.

Wer die Pläne der Lucas-ArbeiterInnen mit ihren bis ins einzelne gehenden Berechnungen und Zeichnungen genau studiert, wer die Geschichte ihrer Entstehung kennt, wer weiß, daß die meisten Ideen von einfachen ArbeiterInnen unter Beratung einiger Ingenieure entwickelt wurden -der kommt um die Schlußfolgerung nicht herum: Demokratische ArbeiterInnenkontrolle und -verwaltung über die Industrie *wird* funktionieren und die Produktion um ein Vielfaches effektiver, nützlicher, billiger, menschen- und gesundheitsfreundlicher machen!

die Reduzierung des Weihnachtsgeldes von 100% des Monatseinkommens auf 60%. Was macht die IG Metall-Spitze? Trotz aller Kampfbereitschaft einigt sie sich auf 70%.

Noch schlimmer: Jahrelang kämpften wir mit der IG Metall für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Jetzt akzeptiert die IG Metall-Führung bei VW Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich. Prompt fühlt sich die VW-Geschäftsführung ermutigt, Arbeitszeitverkürzung mit einer Lohnsenkung von 20% (!) vorzuschlagen. Oder die Tarifrunde 94: Jahrelang setzten wir uns gegen eine Umverteilung von unten nach oben und gegen Lohnkürzung zur Wehr. Jetzt schlägt der neue IGM-Chef Zwickel von vornherein -noch vor dem Beginn der Verhandlungen, ohne die Mitgliedschaft zu fragen- einen Lohnstopp für 94 vor!

In den Gewerkschaftsführungen gewinnt der Aberglaube an Boden, daß wir uns in einer Rezession Konflikte mit den Unternehmern nicht leisten können, weil das den "Standort Deutschland" gefährden würde (siehe Kasten), daß in der Krise alle an einem Strang ziehen müssen und so weiter. Die Probleme sind in der Tat gewaltig. Aber wir können sie nicht durch die Zusammenarbeit mit den Kapitalisten lösen, weil sie und ihre Profitgier selber das Hauptproblem und die Ursache der anderen Probleme sind.

Die Gewerkschaften und die SPD sind einmal vor langer Zeit mit dem Ziel gegründet und unter großen Opfern aufgebaut worden, die Interessen der ArbeiterInnenklasse gegenüber den Interessen der Kapitalisten zu vertreten. Heute werden sie von abgehobenen und privilegierten Funktionären geführt, deren Skandale (Lafontaine, Steinkühler, Engholm etc.) kein Ende nehmen. Die ArbeiterInnen-Organisationen können nur unseren Interessen dienen, wenn die Basis entscheidet, wo es lang geht. Deshalb müssen alle Funktionäre gewählt, rechenschaftspflichtig und jederzeit absetzbar sein und nicht mehr verdienen als qualifizierte ArbeiterInnen. Auch wenn Gewerkschaften und SPD die Interessen ihrer Basis oft genug mit Füßen treten, sind doch vor allem die Gewerkschaften auf ihre Basis angewiesen. Aber damit sich oben was rührt, müssen wir unten dran rütteln. Deshalb -falls ihr noch nicht Mitglied sein solltet- tretet in die Gewerkschaft ein und macht dort den Funktionären Dampf. Die SPD ist zur Zeit von der arbeitenden Bevölkerung noch weiter entfernt als die Gewerkschafts-

führung. Trotzdem brauchen wir auch eine politische Interessenvertretung. Wir spüren täglich in den faulen Kompromissen, die die SPD auf unsere Kosten macht, wie nötig eine Partei wäre, die uns konsequent vertritt. Aber Parteien fallen nicht vom Himmel. Deshalb ist es nötig, daß wie die SPD instandbesetzen, bevor sie noch weiter verfällt. Sonst ist sie eines Tages wirklich abbruchreif.

SPD -raus aus der Großen Koalition!

Vor den Landtagswahlen im April 1992 warb SPD-Spitzenkandidat Spöri mit der Parole: "Von der Wirtschaft versteht er mehr." Jetzt ist er Wirtschaftsminister - und seitdem wind wir mit Krise, Kahlschlag und Kürzungen konfrontiert! Spöri betet Ex-Kanzler Schmidt nach: "Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen." Warum waren die Gewinne von gestern nicht die Investitionen von heute...?

1992 hat die SPD/CDU-Koalition im Bundesrat eine Initiative zur Senkung der Unternehmenssteuern eingebracht und vor Weihnachten 92 ein Programm zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg verabschiedet.

Statt einer Bundesratsinitiative zur Senkung der Unternehmenssteuern sollte sich die SPD für eine Bundesratsinitiative zur Erhöhung der Unternehmenssteuern stark machen, um mit diesen Geldern Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu schaffen. Wenn die Konzerne dagegen aufmucken und mit Standortverlagerung drohen, sollte die SPD dafür eintreten, daß die Autounternehmen Baden-Württembergs in Gemeineigentum überführt werden.



Wenn die CDU als Koalitionspartner da nicht mitspielt -was zu erwarten ist- muß die SPD die Große Koalition aufkündigen und für eine Alleinregierung mit sozialistischem Programm eintreten.

Mit über 90 Milliarden DM ist der Umsatz von Daimler-Benz heute größer als der gesamte Haushalt der Landesregierung. Daimler bestimmt auch über mehr Beschäftigte als das Land und die Kommunen.

Kein Wunder, daß eine Entscheidung der Konzernzentrale mehr Auswirkungen auf das Land hat als ein Gesetz der Landesregierung.

Wir können uns nicht länger damit abfinden, daß Daimler-Benz und die anderen Großkonzerne darüber bestimmen, was und wie produziert wird.

Die Alternative dazu ist eine demokratisch geplante und kontrollierte Wirtschaft, die nicht nach dem Profit, sondern nach den Bedürfnissen der Bevölkerung produziert.

Mach´ mit bei der Marxistischen Linken VORAN !

In Osteuropa ist nicht der Sozialismus gescheitert, sondern der Stalinismus. Es gab zwar Planwirtschaft und Staatseigentum aber keinerlei demokratische Kontrolle durch die arbeitende Bevölkerung. VOR-

AN hat die Diktatur einer privilegierten, abgehobenen Bürokratschicht seit dem Erscheinen unserer Zeitung 1973 politisch bekämpft und diese Staaten nie als sozialistisch betrachtet.

Wir haben das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln und die Planwirtschaft immer verteidigt und sind auf dieser Grundlage für den Aufbau einer echten ArbeiterInnen-demokratie eingetreten.

VORAN ist eine unabhängige marxistische Gruppe. In der ArbeiterInnenklasse, unter der Jugend und in den Massenorganisationen der ArbeiterInnenbewegung kämpfen wir gegen die Angriffe des Kapitals, für jede echte Verbesserung und für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft. Sozialismus kann nur von der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung erkämpft werden. Dafür braucht sie starke Organisationen mit sozialistischem Programm, die konsequent für die Interessen der ArbeiterInnen kämpfen. Die heutigen Führer von SPD und Gewerkschaften haben jedoch mit diesem System Frieden geschlossen und sind meilenweit entfernt vom Leben der arbeitenden Bevölkerung.

Wir sind aktive Mitglieder der Gewerkschaften, der SPD und der JungsozialistInnen. Wir treten dafür ein, daß der Marxismus wieder auf die Tagesordnung dieser Organisationen kommt.

Es ist höchste Zeit, selbst aktiv zu werden!

- Ich möchte weitere Infos über Eure Arbeit
- Ich möchte bei VORAN mitmachen

Wir melden uns und sagen Dir, wo es in Deiner Nähe eine VORAN - Gruppe gibt, bei der Du mitarbeiten kannst

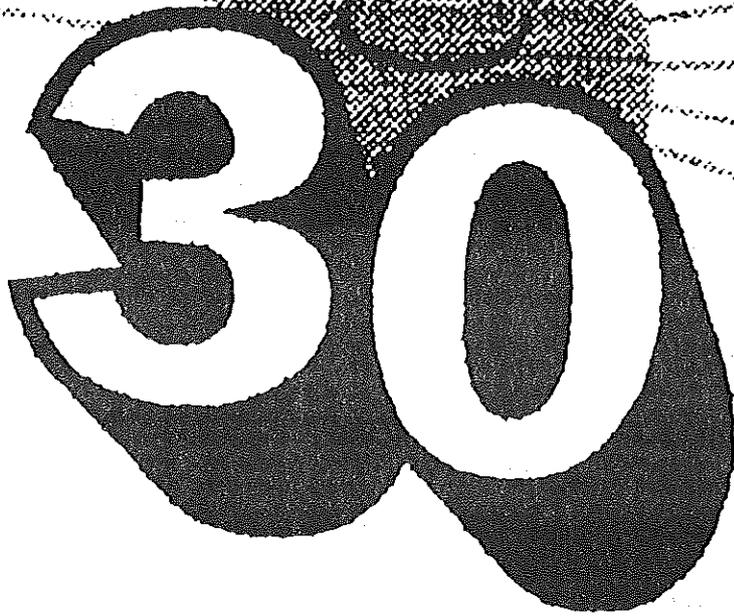
Name, Anschrift, Telefon

Bitte ausschneiden und einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

VORAN - Infotelefon 0221 / 13 45 04 oder 13 46 04

VORAN

Bei vollem Lohnausgleich!



30